

Kluwer-Patentblog



- [Facebook](#)
- [Twitter](#)
- [LinkedIn](#)
- [YouTube](#)

[EPÜ](#), [EPA](#), [Patente](#)

Wird das EPA unter der "Neuen Normalität" noch normal sein?

[Thorsten Bausch \(Hoffmann Eitle\)](#)/15. April 2021 /12 Kommentare

Das Europäische Patentamt hat seine Nutzer und Stakeholder eingeladen, zum ersten Entwurf seines Orientierungsdokuments "[Towards a new normal](#)" Stellung zu nehmen.

Meine Erfahrung mit solchen öffentlichen Anhörungen war in jüngster Vergangenheit nicht besonders ermutigend. Es kommt mir so vor, dass Außenansichten einfach gesammelt und dann in einen mehr oder wenigen unzugänglichen Ordner irgendwo in den berüchtigten "*komplexen IT-Systemen mit ihrer 'Spaghetti-Struktur'*" des EPA verschoben werden, die unter anderem aus einem "*veralteten und unzuverlässigen Datenzentrum in Den Haag*" und einem *PHOENIX-Bildarchiv-Mainframe* besteht, der offensichtlich vor Kurzem "seinen Geist aufgab". *RIP*. Vielleicht sind Sie der Meinung, hier müsse dieser Blogger eindeutig übertrieben haben. Tatsächlich aber schlägt hier Realität die Phantasie: Hören Sie einfach jenen leitenden EPA-Insidern nochmals zu, die kürzlich den Zustand ihres IT-Systems wie folgt zusammengefasst haben:

"Der Schock kam, als wir begonnen haben, uns die Maschinerie näher anzusehen. Es ist beängstigend, wenn die Technologie, der man sich gegenüber sieht, aus einer Zeit stammt, als man selbst noch zur Schule ging, und die Menschen, die eine Hilfe sein könnten, schon lange im Ruhestand sind."

So ist das also. Wenn es daher um öffentliche Anhörungen geht, gibt es offensichtlich Wichtigeres als die Verarbeitung von Außenansichten über die Verfahrensregeln der Beschwerdekammern (Rules of Procedure of the Boards of Appeal), mündliche Verhandlungen durch Videokonferenz und andere Sachen. Die Ergebnisse solcher Anhörungen sehen gewöhnlich das Tageslicht nie mehr und ihre Wirkung, wenn es eine solche gibt, ist bestenfalls vernachlässigbar. Nebenbei bemerkt, werde ich also nachfolgend einige Gedanken über die Neue Normalität des EPA zusammenfassen, statt sie über den offiziellen Einbahnstraßenkanal an das EPA zu senden. Natürlich sind die EPA-Anhörungsbeauftragten herzlich eingeladen, das Folgende sowie alle Kommentare, die andere Leser dieses Blogs hoffentlich hinzufügen werden, zu lesen und zu berücksichtigen.

Wie wird die "Neue Normalität" des EPA aussehen?

Wenn ich das nur wüsste. Nach meiner unmaßgeblichen Meinung lässt der EPA-Entwurf mehr Fragen offen als er beantwortet. Die in diesem ganzen Dokument verwendete Sprache ist bestenfalls verschwommen, gelegentlich in verdächtiger Nähe zu der Sprache, die in den berüchtigten Kommunikationsabläufen des Wahrheitsministeriums in Orwells '1984' verwendet wird. Wenn unter Kommunikation "der Vorgang der Sinnstiftung zwischen Entitäten oder Gruppen durch Verwendung gegenseitig ausreichend verstandener Zeichen, Symbole und semiotischen Konventionen" (Wikipedia) zu verstehen ist, würde ich diesem Dokument 2 von maximal 10 Punkten geben. Aber das Stiften von "Sinn" war vielleicht nicht das, was in erster Linie beabsichtigt war. Dies vorausgeschickt, gibt es mindestens einige Trends, die eine nähere Betrachtung verdienen.

Erweiterter Telearbeitsplan

Die von der EPA geplante "Neue Normalität" scheint einen (stark?) erweiterten Telearbeitsplan vorzusehen. Er wurde als Spiegelbild der Ergebnisse einer Personalanhörung präsentiert, bei der viele angeblich eine Präferenz für Telearbeit, zumindest in gewissem Umfang, zum Ausdruck brachten. Ohne jedoch die dem Personal gestellten Fragen genau zu kennen, ist es natürlich schwierig, aus den Ergebnissen einer solchen Anhörung korrekte Schlüsse zu ziehen. Haben sich die Fragen beispielsweise auf "Befürworten Sie im Allgemeinen mehr/weniger Telearbeit?" beschränkt oder wurde ein Etikett verwendet, z.B. "Würden Sie ein geringeres Gehalt akzeptieren, wenn Sie Telearbeit von Ihrem Heimatland aus verrichten, in dem die Lebenshaltungskosten niedriger sind als in München/Den Haag?" – Vielleicht irre ich mich, aber ich würde mich nicht wundern, wenn die Antworten ganz anders ausfallen würden, wenn das Personal mit den vollen Konsequenzen eines erweiterten Telearbeitsplans konfrontiert wäre, zumindest wenn sich dieser erweiterte Plan signifikant auf die künftige Baupolitik des EPA auswirken soll, und wenn diese Politik – wie es der Fall zu sein scheint – auf "der Tatsache (basiert), dass an einem bestimmten Tag durchschnittlich geschätzte 50% des Personals vor Ort sein können." Nur 50%? Und ist dies eine "Tatsache" oder lediglich eine "Schätzung", "Annahme" oder sogar nur ein "Ziel"? In jedem Fall müssen sich, wenn dies die neue Normalität ist, viele Mitarbeiter wahrscheinlich von ihrem eigenen Büroraum verabschieden und werden mit Großraumbüros leben müssen.

Ich bin auch etwas besorgt über die Folgen eines stark erweiterten Telearbeitsplans für das künftige Funktionieren der Prüfungs- und Einspruchsabteilungen. Zumindest für mein Gefühl, welches wahrscheinlich etwas auf der idealistischen Seite liegt, sollten sich diese Abteilungen ursprünglich zusammensetzen und den vorliegenden Fall eingehend diskutieren, bis das bestmögliche Ergebnis erzielt wäre. In Anbetracht der vom EPA erklärten obersten Priorität, d.h. Qualität, würde dies nach meiner Meinung durchaus Sinn machen, setzt jedoch voraus, dass die Angehörigen dieser Abteilungen die notwendige Zeit und Möglichkeit für eine gründliche Diskussion haben. Wenn sie sich nicht am gleichen Ort befinden, ist es sehr wahrscheinlich, dass solche Diskussionen vorzeitig abgebrochen werden, dass sie noch stärker einem strikten Zeitbudget unterliegen werden und dass ein informelles Gespräch über kritische Fragen zum Fall nicht mehr stattfinden oder zumindest in Häufigkeit und Intensität reduziert wird. Ich kann mir nicht vorstellen, dass erweiterte Telearbeit für die Qualität des Entscheidungsprozesses eines Gremiums gut wäre. Das letztendliche Ergebnis der Entscheidung wird mehr denn je von der Qualität der Fallvorbereitung durch den ersten Prüfer abhängen. Was die Frage aufwirft, warum das EPA überhaupt "Prüfungsabteilungen" hat und nicht nur Einzelprüfer, die Patente erteilen oder Anmeldungen ablehnen. Wenn das

Grundprinzip einer Prüfungsabteilung lautet, dass drei Augenpaare mehr sehen als eines, sollte den anderen beiden Augenpaaren die notwendige Zeit für eine eingehende Überprüfung des Falls eingeräumt und ihnen die Möglichkeit einer offenen und ausführlichen Diskussion innerhalb des Gremiums gegeben werden, was im Rahmen der 0,5- oder 1-Stunden-Intervalle einer Videokonferenz nicht immer organisiert werden kann. Mitglieder einer Prüfungs- oder Einspruchsabteilung von verschiedenen Standorten zu mischen, ist keine gute Idee und war es auch noch nie.

Umgekehrt sehe ich eine Möglichkeit für mehr Telearbeit während der "ruhigen Zeit", die Prüfer benötigen, um Dokumente zu lesen, eine Suche durchzuführen und/oder eine Entscheidung oder Mitteilung zu schreiben. Für das EPA-Management wird die Herausforderung darin bestehen, eine intelligente Kombination von Telearbeit und Büroarbeit zu finden, bei der individuelle Situationen und Präferenzen des Personals ebenfalls berücksichtigt werden. Nicht jeder hat zu Hause einen ruhigen Platz, von dem aus qualitativ hochwertige Telearbeit möglich ist. Ich hoffe, dass in diese wichtige Diskussion Personalvertreter voll einbezogen und involviert werden.

Ein zusätzlicher Aspekt eines erweiterten Telearbeitsplans ist seine Kompatibilität mit Art. 7(2) EPÜ.

Das Europäische Patentamt wird seinen Sitz in München haben. Es wird eine Zweigstelle in Den Haag haben.

Wird das Rest-EPA, wenn das EPA zu (mehr als?) 50% "virtualisiert" und physisch geschwächt ist, seinen "Sitz" immer noch in München/Den Haag haben? Fraglich, aber zumindest eins ist klar: Die Neue Normalität des EPA hat auch rechtliche und politische Implikationen für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Patentorganisation.

Betrachtet man die geplante Neue Normalität des EPA vom Standpunkt des Nutzers, ergibt sich eine ähnliche Frage. Nach meiner Meinung können die Nutzer der Dienstleistungen der Europäischen Patentorganisation zu Recht erwarten, dass die Abteilungen des Europäischen Patentamts nicht von einem anderen gewählten Ort aus handeln – die Handlungen müssen in München (einschließlich Haar), Den Haag, Berlin oder einem anderen Standort aus stattfinden, an dem das EPA eine zugelassene Zweigniederlassung hat. Dies folgt aus dem Prinzip der berechtigten Erwartungen. Nebenbei bemerkt, ist dies nicht nur meine Auffassung. Ich habe diesen Satz gerne von der Erweiterten Beschwerdekammer (Enlarged Board of Appeal – EBA) übernommen ([G 2/19](#), letzter Absatz der Begründung). Für mich hat es den Anschein, dass eine Verlagerung der Prüfungs- und Einspruchsabteilungen und deren Entscheidungsprozesse nicht mit dieser EBA-Entscheidung übereinstimmt.

Mündliche Verhandlung durch ViCo

Dieser Blog ist schon lang genug, daher möchte ich nur zwei kurze Bemerkungen anbringen:

Erstens: eine Frage des Verfahrens. Natürlich sind die Leser eingeladen, bis zum Stichtag 16. April 2021 ihre Kommentare zu der Neuen Normalität des EPA einzureichen. Es wird jedoch wahrscheinlich effektiver und wirkungsvoller sein, Ihre Ansichten zu diesem besonderen Thema in Form eines Amicus Curiae-Schriftsatzes an die Erweiterte Beschwerdekammer (Enlarged Board of Appeal) im Fall [G 1/21](#) zu äußern, wo folgende Verweisungsfrage (hoffentlich) besprochen und beantwortet wird:

Ist die Durchführung einer mündlichen Verhandlung in Form einer Videokonferenz mit dem Recht auf mündliche Verhandlung gemäß Artikel 116(1) EPÜ kompatibel, wenn nicht alle Verfahrensparteien der Durchführung einer mündlichen Verhandlung in Form einer Videokonferenz zugestimmt haben?

Die Erweiterte Beschwerdekammer (Enlarged Board of Appeal) akzeptiert Kommentare bis 27. April 2021 entsprechend [dieser Anmerkung](#).

Zweitens bin ich in der Sache selbst strikt gegen die Durchführung eines mündlichen Verfahrens durch ViCo gegen den Willen einer Verfahrenspartei. Wenn alle Parteien ein mündliches Verfahren durch Videokonferenz verlangen oder zumindest damit zufrieden sind (und ja, dafür kann es gute Argumente geben, z.B. Effizienz, Einsparung von Zeit und Ressourcen usw.), spricht nichts gegen die Anwendung dieser Option oder sogar eines "hybriden" Verfahrens. *Volenti non fit iniuria*. Ich glaube jedoch nicht, dass das mündliche Verfahren durch ViCo die "Neue Normalität" sein sollte. Wenn gewünscht, kann es für die Verfahrensparteien eine weitere wertvolle **Option** sein, aber wenn absolut zwingende Gründe (zum Beispiel eine Pandemie) fehlen, sollten die Parteien nicht zur Anwendung dieser Option gezwungen werden. Das Standardverfahren und die "neue Normalität" nach Beendigung der Pandemie sollte die gute alte Normalität sein, d.h. das klassische Verfahren mit persönlicher Anwesenheit. Nach meiner Auffassung haben die Verfahrensparteien ein grundlegendes Verfahrensrecht, bei öffentlichen mündlichen Verhandlungen persönlich vor dem Entscheidungsgremium zu erscheinen, wenn sie es wünschen.

Sollten Sie diese Meinung teilen, befänden Sie sich in bester Gesellschaft. VESPA, der Verband der freiberuflichen Europäischen und Schweizer Patentanwälte, hat bereits seinen Amicus-Schriftsatz eingereicht, der [hier](#) zur Verfügung steht, und ich habe gehört, dass die Siemens AG und das EPI in Kürze ebenfalls mindestens einen Schriftsatz einreichen werden. Sagen Sie, was Sie zu sagen haben!

Schlussfolgerung

Es scheint also, dass das EPA eine signifikante Überarbeitung der alten Normalität plant, und obgleich ich für Veränderungen offen bin, wenn sie angemessen und gut implementiert sind, hat es den Anschein, dass dies im Fall vieler Neue Normalität-Pläne nicht der Fall sein wird. Ein weiteres Beispiel dafür in der EPA-Bewegung in Richtung einer digitaleren Welt ist die kürzliche e-EEP. Ja, einige Bewerber in der Prä-Pandemie-Ära hatten um die Durchführung der EEP auf dem Computer gebeten, aber ich glaube nicht, dass sie wünschten, die EEP würde durch ein am Rande des Zusammenbruchs stehendes Programm durchgeführt, bei dem die Prüfungsunterlagen (scheinbar) überhaupt nicht an das neue Format angepasst wurden. Wenn EEP-Bewerber einen erheblichen Teil ihrer knapp bemessenen Prüfungszeit darauf verwenden müssen, Dokumente vor- und zurückzurollen, weil das EEP-Programm keinen geteilten Bildschirm zulässt, ohne jedoch den größten Teil des Prüfungsmaterials ausdrucken zu dürfen, macht eine solche Prüfung die Bewerber nicht "praxistauglich", sondern höchstens nervös und schlimmstenfalls verzweifelt. Wie in [IPKat](#) berichtet, hat es glücklicherweise den Anschein, dass zumindest das EPI verstanden hat, dass das aktuelle Prüfungsformat seine Fehler hat. Dies ist ein guter Anfang, aber wie immer müssen die Details beachtet werden, wenn an einem funktionierenden System Änderungen vorgenommen werden. Insgesamt sollte das EPA bei der Erstellung von Plänen für eine Neue Normalität sorgfältig die Auswirkungen solcher Änderungen berücksichtigen und auch, ob die Gesamtheit solcher Änderungen wirklich das sind, worum man gebeten hat.